

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Mindestlohns im Freistaat Sachsen

Chemnitz, 9. März 2015

Prof. Dr. Marcel Thum

ifo Institut
Niederlassung Dresden



1. Der neue Mindestlohn

- Mindestlohn von 8,50 Euro
 - Seit 1. Januar 2015 (1. Januar 2017 bei geeigneten Tarifvereinbarungen)
 - Umfassend und einheitlich (kaum Ausnahmen)
 - Identisch in Ost- und Westdeutschland
- Ziele:
 - Verteilungsgerechtigkeit erhöhen
 - Entlastung der öffentlichen Kassen (weniger Transfers an Niedriglohnbezieher)
 - Keine oder nur moderate Arbeitsplatzverluste

2. Fragen

- Wer verdient weniger als 8,50 Euro?
- Wie sieht es in Sachsen aus?
- Erhöht der Mindestlohn das Einkommen der „Working Poor“?
- Ist der Vergleich mit dem Mindestlohn in USA und Großbritannien gerechtfertigt?
- Wie viele Jobs könnten durch den Mindestlohn verloren gehen?
- Entlastet der neue Mindestlohn die öffentlichen Haushalte?

3. Wer verdient weniger als 8,50 €?

	Deutschland		Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	absolut, (in 1000)	in %*	absolut, (in 1000)	in %*	absolut, (in 1000)	in %*
Alle Besch.	4.981	14,0%	3.643	12,5%	1.338	20,4%
Vollzeit	1.195	5,2%	664	3,6%	531	11,6%
Teilzeit	698	9,5%	429	7,0%	269	22,1%
Minijobs	2.296	67,8%	1.900	65,2%	396	84,3%

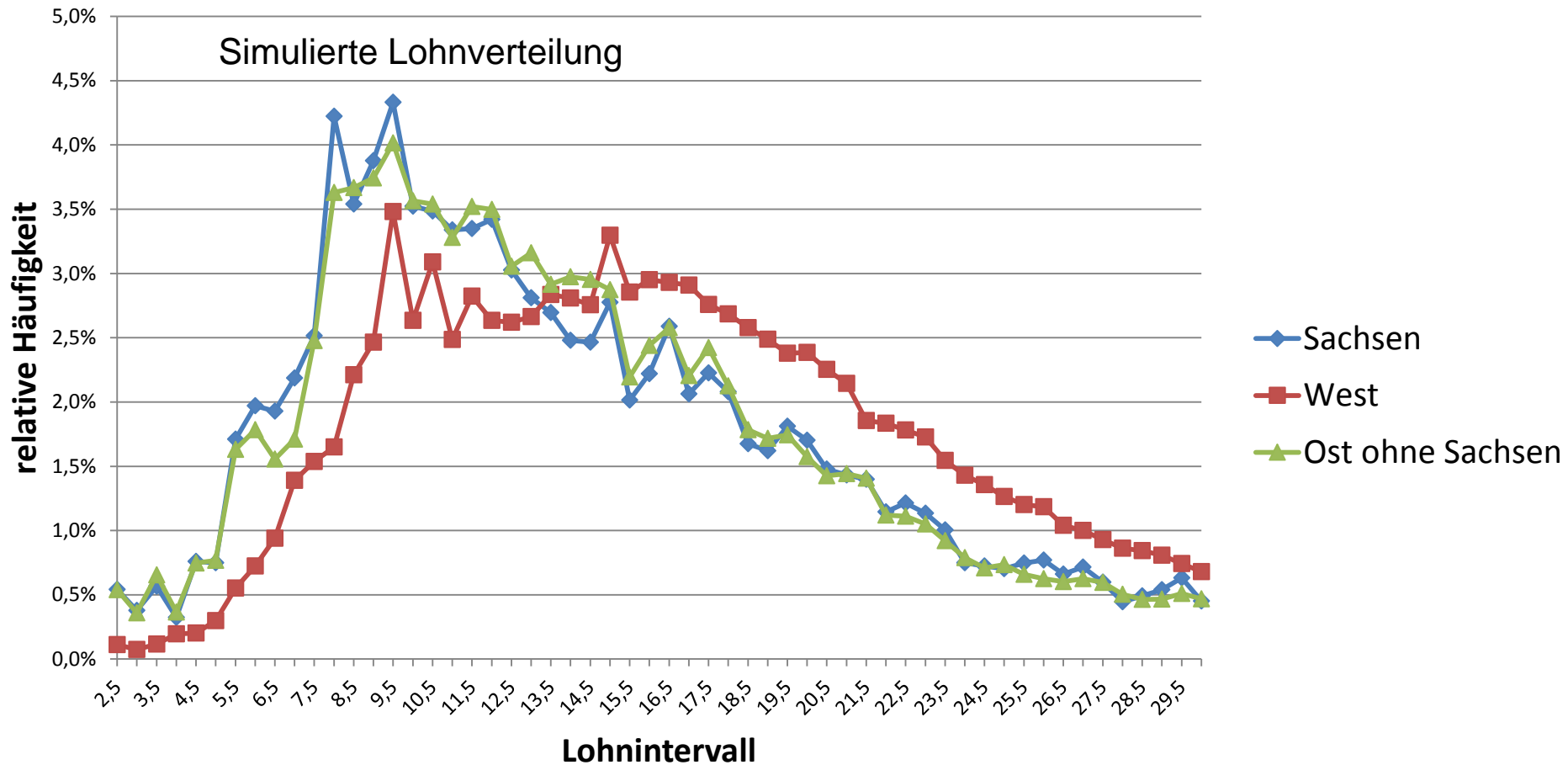
3. Wer verdient weniger als 8,50 €?

- Bei Vollzeitbeschäftigten unter dem Mindestlohn: meist kleine Lohnerhöhungen
- z.B. bei 0,8 % der Beschäftigten in den Alten Bundesländern erhöht sich Lohn um mehr als 30%
- Aber in den Neuen Ländern liegt der Prozentsatz immerhin bei 3 %.
- Starke Lohnerhöhungen überwiegend bei Mini-Jobs.

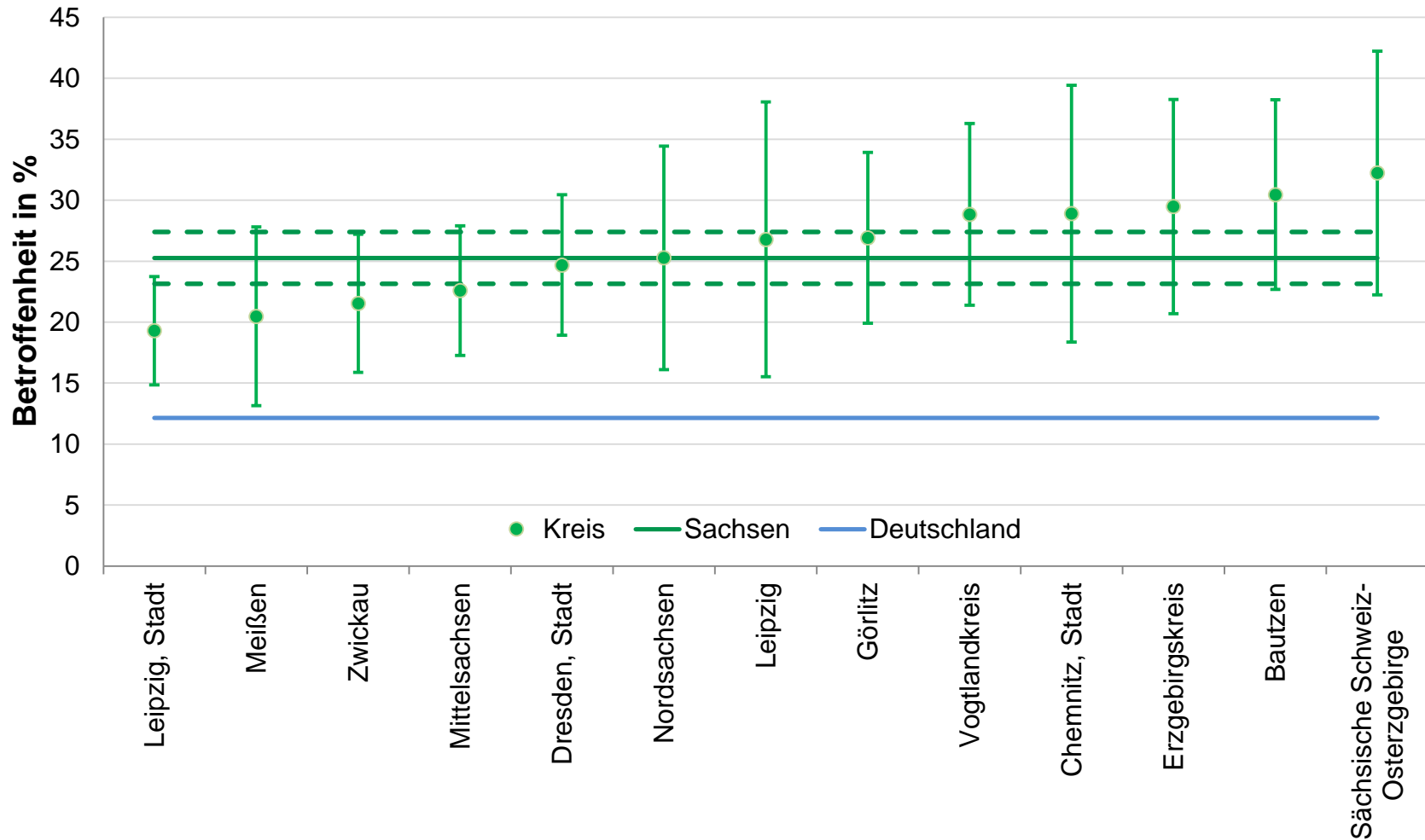
4. Wie sieht es in Sachsen aus?

- Schwer mit harten Zahlen zu beantworten
- SOEP-Daten zu dünn auf regionaler Ebene
- VSE-Daten (Statistisches Bundesamt) beinhalten nur Firmen mit mehr als 10 Beschäftigten
- Simulation der Lohnverteilung durch Kombination der Datensätze (im Auftrag des SMWA)

4. Wie sieht es in Sachsen aus?



4. Wie sieht es in Sachsen aus?



4. Wie sieht es in Sachsen aus?

- Betroffenheit nach Wirtschaftszweigen
- Wirtschaftszweige mit meisten Beschäftigten unter Mindestlohn:
 - Gastgewerbe (I; 64%)
 - Sonstige wirtsch. Dienstleistungen (N; 58%)
 - Handel (G; 33 %)
- Am wenigsten betroffen:
 - Öffentliche Verwaltung (O; 1%)
 - Finanzdienstleistungen (K; 2%)

5. Erhöht der Mindestlohn das Einkommen der „Working Poor“?

- Working Poor: erhalten Transfers zusätzlich zu ihrem Arbeitseinkommen
- Aufstocker = Bezieher von ergänzendem Arbeitslosengeld II (ALG II)

5. Erhöht der Mindestlohn das Einkommen der „Working Poor“?

Bisheriger Lohn	Mehrbelastung des Unternehmens		Änderung des Nettoarbeits-einkommens (normaler Beschäftigter)		Änderung des Nettohaushalts-einkommens (Aufstocker)	
	Euro pro Monat	in %	Euro pro Monat	in %	Euro pro Monat	in %
	5,00	667,94	70,0%	368,03	56,7%	60,00
5,50	572,52	54,5%	315,23	44,9%	44,00	4,4%
6,00	477,10	41,7%	256,30	33,7%	28,00	2,7%
6,50	381,68	30,8%	202,79	24,9%	16,00	1,5%
7,00	286,26	21,4%	150,36	17,4%	8,00	0,8%
7,50	190,84	13,3%	98,85	10,8%	0,00	0,0%
8,00	95,42	6,3%	48,43	5,0%	0,00	0,0%

5. Erhöht der Mindestlohn das Einkommen der „Working Poor“?

- Die Aufstocker sind am meisten vom Mindestlohn betroffen,
 - Erfahren aber kaum eine Erhöhung ihrer Nettoeinkommen
- ⇒ Verteilungsziel wird verfehlt

6. Ist der Vergleich mit dem Mindestlohn in USA und Großbritannien gerechtfertigt?

- Argument: In England hat man 1999 auf einen Schlag einen Mindestlohn eingeführt, und es sind überhaupt keine Arbeitsplätze verlorengegangen.
- Mindestlohn in GB im April 1999 neu eingeführt: £ 3,60
- Jetzt: £ 6,31
- Anpassungen werden von der unabhängigen “Low Pay Commission” vorgeschlagen

6. Ist der Vergleich mit dem Mindestlohn in USA und Großbritannien gerechtfertigt?

- 5 % aller Beschäftigten hatten zuvor weniger als £ 3,60 verdient
- Wie hoch müsste der Mindestlohn in Ost-bzw. Westdeutschland sein, damit 5 % der Beschäftigten betroffen sind?
- Anteil der Beschäftigten mit Löhnen unter Mindestlohn wie in GB (5%):
 - West: 6,47 €
 - Ost: 4,62 €

7. Wie viele Jobs könnten durch den Mindestlohn verloren gehen?

- Standardmodell (Wettbewerblicher Arbeitsmarkt)
 - Annahme: Lohnerhöhung um 1% führt zu Beschäftigungsrückgang von 0,75%
 - Je höher der Lohnanstieg, desto höher ist Beschäftigungsrückgang
- Monopsonmodell (Arbeitgeber haben Marktmacht)
 - Lücke zwischen Produktivität und Lohn (20 %)
 - Leichte Lohnerhöhung führt sogar zu Beschäftigungsgewinnen
 - Wenn die Lücke geschlossen ist, geht Beschäftigung wieder zurück

7. Wie viele Jobs könnten durch den Mindestlohn verloren gehen?

	Standardmodell		Monopsonmodell	
	Absolut	%	Absolut	%
Vollzeit	160.000	0,7%	41.000	0,2%
Teilzeit	91.000	1,2%	23.000	0,3%
Minijobs	492.000	14,5%	272.000	8,0%
Rentner	87.000	11,7%	59.000	7,9%
Studenten	80.000	7,1%	31.000	2,8%
Total	911.000	2,6%	426.000	1,2%
Vollzeitäquivalente	500.000			

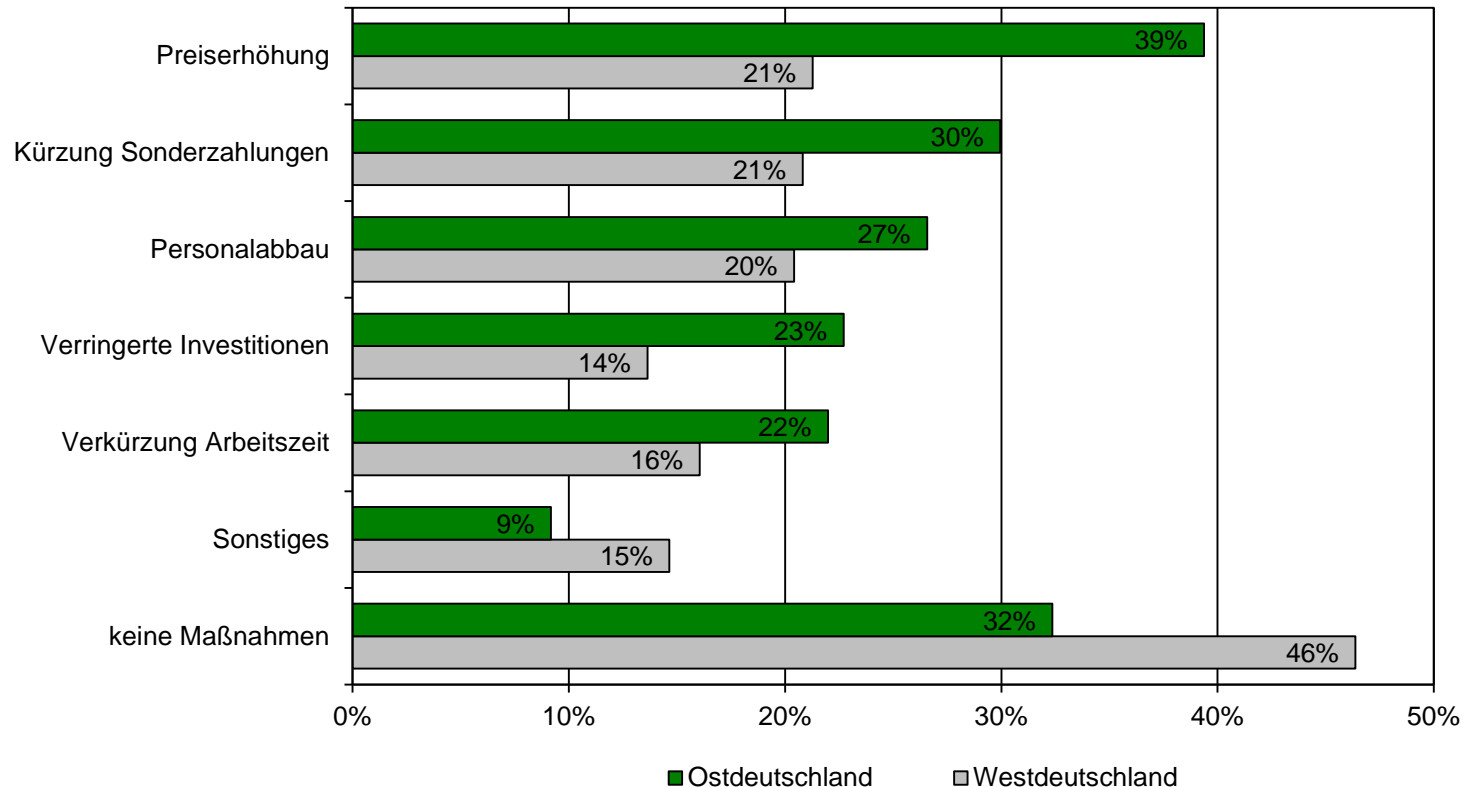
7. Wie viele Jobs könnten durch den Mindestlohn verloren gehen?

- Je nach Arbeitsmarktszenario dürften durch den Mindestlohn 400-900 Tausend Arbeitsplätze wegfallen
 - Dies sind im wesentlichen nicht die typischen „Vollzeitarbeitsplätze“ in der Industrie
 - Sondern „untypische“ Beschäftigungen (Minjobs,)
 - Aber diese Beschäftigten verdienen sich mit diesen Jobs etwas hinzu und sind in den Arbeitsmarkt eingebunden!
- ⇒ Beschäftigungsziel verfehlt

8. Entlastet der neue Mindestlohn die öffentlichen Haushalte?

- Einkommenszuwächse derer, die den Job behalten, entlasten Sozialkassen
 - Arbeitsplatzverluste belasten Sozialkassen
 - Nettoeffekt: Zusatzbelastung von 900 Mio. Euro (Monopsonmodell) – 4 Mrd. Euro (Standardmodell)
- ⇒ Entlastung der öffentlichen Kassen nicht erreicht

9. Wie wollen die Unternehmen auf den Mindestlohn reagieren?



Hinweis: Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: ifo Konjunkturtest.

10. Ergebnisse

- Naive Vergleiche mit anderen Ländern irreführend
- Ziele der großen Koalition werden nicht erreicht
 - Verteilungsgerechtigkeit: „Working poor“ verlieren mit der größten Wahrscheinlichkeit ihre Jobs und haben am wenigsten vom Lohnanstieg
 - Arbeitsplatzverlust von 250-500 Tausend (in VZÄ) sind nicht vernachlässigbar
 - Für die Haushalte entsteht eine Nettobelastung von 1- 4 Mrd. €